

Zentrum für Europäische Integrationsforschung  
Center for European Integration Studies  
Rheinische Friedrich Wilhelms-Universität Bonn



Friedbert Pflüger

**Europas**

**globale Verantwortung -**

**Die Selbstbehauptung**

**der alten Welt**

**Discussion Paper**

C 36  
1999



Dr. Friedbert Pflüger, geboren 1955, ist Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1990 und seit 1998 Vorsitzender des Ausschusses für die Angelegenheiten der Europäischen Union. Er studierte Politikwissenschaft, Staatsrecht und Volkswirtschaft in Göttingen, Bonn und Harvard und wurde 1982 promoviert. Dr. Pflüger war Mitarbeiter des Regierenden Bürgermeisters von Berlin von 1981 bis 1984, zuletzt als Leiter des Persönlichen Büros, und von 1984 bis 1989 Pressesprecher des Bundespräsidenten. Er gehörte von 1977 bis 1985 dem Bundesvorstand der Jungen Union an und war 1977-1978 Bundesvorsitzender des RCDS. Im Bundestag übte er von 1994 bis 1998 die Funktion des Abrüstungspolitischen Sprechers der CDU/CSU-Fraktion aus. Im Juni 1998 wurde Dr. Pflüger zum stellvertretenden Landesvorsitzenden der CDU in Niedersachsen gewählt.

Publikationsauswahl: Die Menschenrechtspolitik der USA (1983); Richard von Weizsäcker. Ein Portrait aus der Nähe (1990); Ein Planet wird gerettet (1992); Deutschlands driftet. Die konservative Revolution entdeckt ihre Kinder (1994); Die Zukunft des Ostens liegt im Westen (1994); Der Friede bleibt bedroht – Europäische Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert (1998)



*Friedbert Pflüger*

## **Europas globale Verantwortung - Die Selbstbehauptung der alten Welt**

Im ersten Halbjahr 1999 werden die Weichen für die Zukunft Europas gestellt. Der Euro wurde am 1. Januar eingeführt und muß sich in einer rauhen weltwirtschaftlichen Lage erstmals behaupten. Die im November 1998 begonnenen Beitrittsverhandlungen der Europäischen Union mit sechs Staaten sind energisch und entschlossen voranzutreiben. Darüber hinaus verhandeln die Mitglieder der EU über die Agenda 2000. Das bedeutet nichts weniger als eine umfassende Reform der europäischen Agrarpolitik, die Neugestaltung der EU-Strukturförderung und ein neuer Finanzrahmen für die Union bis zum Jahr 2006. Ferner geht es um die institutionellen Veränderungen, die notwendig sind, um eine erweiterte EU handlungsfähig zu erhalten. Schließlich stehen die Entscheidungen über den neuen EU-Kommissionspräsidenten und den Hohen Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik an. Zur Ratspräsidentschaft kommen noch der Vorsitz in der WEU, in der Schengen-Runde und in der G-7/G-8 sowie die Mitwirkung an der Fassung der neuen NATO-Strategie zum Jubiläumsgipfel des Bündnisses im April 1999. Was für eine europa- und außenpolitische Agenda für eine neue, naturgemäß noch unerfahrene Regierung - und welche ungeheure politische Verantwortung!

Die Erwartungen im In- und Ausland an die deutsche Ratspräsidentschaft sind hoch. Gleichzeitig aber herrscht, zumal in Mittel- und Osteuropa, eine unverhohlene Skepsis. Häufen sich nicht die Anzeichen, daß Bonn den Prozeß der Osterweiterung der EU bremst? Was bedeutet etwa das

wiederholte Beschwören eines „neuen Realismus“ und der ständige Hinweis auf bisher unterschätzte Probleme? Kündigt sich da ein neuer nationaler Populismus an? Besteht der Wille, die Kraft und die Geduld der Regierung Kohl auch in Zukunft unter Gerhard Schröder fort? Bleibt Deutschland ein Motor in europäischen Angelegenheiten und kann der neue Bundeskanzler die dazu notwendige Autorität in ähnlicher Weise entfalten wie sein Vorgänger? Bei allen Kontinuitätsbekundungen der rot-grünen Koalition: trotz des offenkundig guten Willens der meisten Bonner Akteure bleibt fast überall in Europa eine gewisse Besorgnis zurück. Sie war zum Beispiel auf der 19. Tagung der COSAC, der Konferenz der Europaausschüsse der nationalen Parlamente der EU und des Europäischen Parlaments, bei der auch die um Beitritt werbenden Staaten zugegen waren, am 23./24. November 1998 in Wien mit Händen zu greifen. Tadeusz Mazowiecki, der frühere polnische Premierminister und heutige Vorsitzende des Europa-Ausschusses im Sejm, warf dort die Frage auf, ob sich hinter der Formel vom „neuen Realismus“ eine Vertagung der EU-Erweiterung ad calendas graecas verstecke. Mittlerweile ist auch aus den EU-Partnerländern Kritik zu hören. Der österreichische Bundespräsident Thomas Klestil monierte, daß durch die Vorbehalte der deutschen Regierung die EU-Erweiterung auf die lange Bank geschoben werde.<sup>1</sup>

Die nächsten Wochen und Monate werden zum Lackmустest für die Bereitschaft und Fähigkeit der Regierung Schröder/Fischer, Europa voranzubringen. Sie selbst hat hohe Erwartungen an die deutsche Ratspräsidentschaft geweckt. An diesen wird sie sich messen lassen müssen.

### ***Europa in der „Weltunordnung“***

Nach dem Ende des Kalten Krieges haben sich die Hoffnungen auf eine neue friedliche und demokratische Weltordnung nicht erfüllt. Vielmehr ist

1 Interview von Thomas *Klestil* mit der österreichischen Nachrichtenagentur APA, 4. Januar 1999.

eine Weltunordnung, ein anarchisches Chaos mit mannigfachen Gefährdungen entstanden. Der Friede bleibt bedroht.<sup>2</sup> Die Proliferation von Massenvernichtungswaffen, der religiöse Extremismus, der weltweite Terrorismus, ethnische und nationalistische Konflikte, enormes Bevölkerungswachstum und ökonomische Krisen, ökologische Katastrophen und gigantische Flüchtlingsbewegungen sind an die Stelle der (erzwungenen) geopolitischen Stabilität und vermeintlichen Übersichtlichkeit der bipolaren Welt des Kalten Krieges getreten. Das Gleichgewicht des Schreckens ist durch schreckliche Ungleichgewichte abgelöst worden. In der islamischen Welt, aber auch in Indien oder China sinkt die Bereitschaft, sich widerspruchslos der Weltherrschaft westlicher Werte und abendländisch-christlicher Zivilisation zu unterwerfen. Droht nicht tatsächlich ein „Zusammenprall der Kulturen“, wie ihn der amerikanische Politikwissenschaftler Samuel Huntington vorausgesehen hat?<sup>3</sup> Haben nicht fast alle größeren Konflikte unserer Zeit mit kulturell-religiösen Gegensätzen zu tun, mit dem Aufbegehren gegen die Dominanz einer Zivilisation: Bosnien, Kosovo, Zypern, Tschetschenien, Irak, Iran, Pakistan/Indien...?

In dieser „Einen Welt“ voller Herausforderungen hat Europa nur eine Chance: Es muß aus seinem bisherigen Rang als Weltmacht im Wartestand heraustreten, Zwiste und Konkurrenzen der Nationalstaaten hinter sich lassen und politisch, wirtschaftlich und militärisch geeint die neuen Herausforderungen annehmen. Die europäische Wertegemeinschaft wird nur dann überleben, wenn sie die Teilung des Kontinents, die oft jahrhundertalten Konflikte der Nationalstaaten und Ethnien überwindet und bereit ist, globale Verantwortung zu übernehmen. Das ist kein europäischer

2 Vgl. Friedbert *Pflüger*, *Der Friede bleibt bedroht. Europäische Sicherheit im 21. Jahrhundert*, Bonn 1998; Robert *Cooper*, *Gibt es eine neue Weltordnung?*, in: *Europa-Archiv* 18.1993, S. 507ff.; Karl *Kaiser*, *Deutsche Außenpolitik in der Ära des Globalismus. Zwischen Interdependenz und Anarchie*, in: *Internationale Politik* 1.1995, S. 27-36; Bassam *Tibi*, *Europa ohne Identität? Die Krise der multikulturellen Gesellschaft*, München 1998.

3 Samuel *Huntington*, *The Clash of Civilizations*, New York 1996.

Idealismus, kein postnationaler Romantizismus (obwohl ein wenig davon gar nicht schaden kann), das ist die zwingende Überlebensfrage Europas und tangiert unsere Zukunft fundamental. Den zum Ende des Jahrtausends zutage tretenden Verfallserscheinungen der europäischen Hochzivilisation muß die Vision eines einigen demokratischen Europa für Bürger entgegengesetzt werden.

Ohne eine solche Vorstellung von einem geeinten Europa werden Agenda 2000, institutionelle Reformen und Osterweiterung in der Sackgasse kleinkrämerischen Schacherns steckenbleiben. Nicht die Frage der endgültigen Staatsform Europas - Bundesstaat oder Staatenbund - muß heute abschließend geklärt werden, wohl aber bedarf es einer Entscheidung darüber, ob wir Europäer Objekt oder Subjekt in der Weltpolitik sein wollen. Wollen wir dem Niedergang der alten Welt tatenlos zusehen? Wollen wir nur eine Schachfigur auf Zbigniew Brzezinskis Brett bleiben?<sup>4</sup>

Es geht vor allem um vier entscheidende Weichenstellungen:

### ***Weltverantwortung durch die Währungsunion***

Die Einführung der Wirtschafts- und Währungsunion bedeutet die Übernahme von Verantwortung nicht nur für die Weltwirtschaft. Vielmehr übernimmt die EU mit dem Euro auch eine entscheidende politische Aufgabe bei der zukünftigen Gestaltung der Weltpolitik. Der Start des Euro ist gelungen. Ob und wie die neue Währung sich zukünftig zwischen Dollar und Yen behauptet, welche Kraft und Zuverlässigkeit sie entfaltet - davon hängt zukünftig das Schicksal von Millionen von Menschen ab. Die europäischen Staaten müssen sich dessen bewußt werden. Der Euro und sein „Hüter“, die Europäische Zentralbank (EZB), dürfen nicht kurzfristigen politischen Pressionen ausgesetzt werden, nicht Ziel der Reform- und Experimentierfreude, geschweige denn populistischer Profilierungssucht

4 Zbigniew *Brzezinski*, *The Grand Chessboard. American Primacy and Its Geostrategic Imperatives*, New York 1997.



von Politikern sein. Der Euro hat sich in einer schwierigen weltwirtschaftlichen Lage in den ersten Wochen vor allem deshalb behauptet, weil er stabilitätsorientiert ist. Die unbestrittene Unabhängigkeit der EZB ist für heute und morgen der Garant für eine starke und verlässliche Währung; daher darf die Glaubwürdigkeit der europäischen Geldpolitik nicht durch überraschende und spektakuläre Zinsbeschlüsse gefährdet werden.

Unmittelbar nach dem Regierungswechsel in Deutschland gab es Versuche des neuen Finanzministers, Oskar Lafontaine, die in langwierigen Verhandlungen von seinem Vorgänger durchgesetzte „Entpolitisierung“ der europäischen Geldpolitik zurückzunehmen. Es kam zu einem klassischen „Paradigmenwechsel“: Während die Deutschen bis dato stets als diejenigen auftraten, die innerhalb der Union auf dem Stabilitätspakt der neuen Währung beharrten und einen harten Euro als Voraussetzung für die Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Volkswirtschaft ansahen, sprach Lafontaine nun verstärkt über die Notwendigkeit von „Wachstum und Beschäftigung“, auf welche die EZB verpflichtet sei, wolle sie nicht ihre Legitimität verlieren. Der deutsche Finanzminister hat die durch diese plötzliche Veränderung der Schwerpunktsetzung entstandenen Mißverständnisse inzwischen - auch auf Druck mancher Kollegen, der EZB und der Bundesbank - zu korrigieren versucht. Dennoch wird künftig verstärkt darauf zu achten sein, daß durch den vielbeschworenen „Dialog“ über die Geldpolitik nicht indirekt Kursänderungen der europäischen Stabilitätspolitik provoziert werden.

Das gemeinsame Geld führt zum Wegfall von Währungsrisiken und Umtauschkosten innerhalb der Eurozone. Vor allem aber erhöht sich die Preistransparenz auf dem riesigen europäischen Binnenmarkt. Das wird den Wettbewerb stärken, die strukturellen Schwächen mancher Länder und Regionen schonungslos aufdecken und damit den Modernisierungsdruck der europäischen Volkswirtschaften erhöhen. Schon vor seiner Einführung hat die Vorbereitung auf den Euro überall in Europa einen Druck zur Konsolidierung der Haushalte, zur Inflationsbekämpfung und damit zur Gesundung der europäischen Wirtschaft erzeugt, die bis dahin über

ihre Verhältnisse gelebt hatte; damit hat er entscheidend dazu beigetragen, die Wettbewerbsfähigkeit Europas im globalen Wettbewerb zu stärken. Dieser gesamteuropäische Erfolg darf jetzt nicht durch wirtschaftstheoretische Experimentierfreude aus Deutschland in Frage gestellt werden. Wachstum und Beschäftigung sind in der Tat zentrale Ziele jeder europäischen Politik. Sie werden aber in erster Linie durch strukturelle Reformen in Wirtschaft und Sozialsystemen ermöglicht, durch Steuerensenkungen, mehr Flexibilität, niedrige Belastungen des Faktors Arbeit und Stärkung der privaten Vorsorge und Verantwortung.

Die ersten Wochen nach der Einführung des Euro haben gezeigt, daß die neue Währung international angenommen wird. Der Euro genießt in der Finanzwelt einen großen Vertrauensvorschuß, der unter keinen Umständen verspielt werden darf. Vielmehr muß diese ausgezeichnete Ausgangsposition genutzt werden, um möglichst viele EU-Bürger zu überzeugen, daß die neue Währung ihr Vertrauen verdient. In diesem Zusammenhang ist generell Skepsis angebracht angesichts des Vorhabens der Bundesregierung und mancher ihrer europäischen Partner, die Arbeitslosigkeit mit einer europäischen Beschäftigungspolitik bekämpfen zu wollen. Wirtschafts- und finanzpolitische Koordinierung, Informationsaustausch und Abstimmung steuerpolitischer Vorhaben sind ohne Zweifel nicht nur sinnvoll, sondern geboten. Auch eine stärkere Anpassung der Verfahren und Normen auf europäischer Ebene, etwa ein abgestimmtes System zur Einziehung der Mehrwertsteuer oder verbesserte Regeln im Verbraucherschutz können positiv wirken. Aber dem Ja zur Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitiken muß ein klares Nein zu zentralisierten europäischen Beschäftigungsprogrammen gegenüberstehen. Mit zentralen Maßnahmen können die größtenteils nationalen oder regionalen Ursachen der Arbeitslosigkeit nicht bekämpft werden. Die Arbeitslosigkeit hat lokal, regional und national unterschiedliche Gründe. Nicht zentrale Planung von Brüssel, sondern der Wettbewerb der Lösungsansätze in den Ländern der Gemeinschaft ist daher das Gebot der Stunde. Noch vor kurzem dominierte in den Erklärungen fast aller führenden Politiker die Forderung nach dem „Subsidiaritätsprinzip“, demzufolge alle Ent-

scheidungen soweit wie irgend möglich auf der unteren Ebene getroffen werden sollen. Soll nun über die zentrale Vergemeinschaftung der Beschäftigungspolitik dieser Grundsatz zentral unterlaufen werden? Gerade weil mit dem einheitlichen Geld in Europa die Wechselkurse als Anpassungsmechanismen zwischen den Staaten wegfallen und die einheitliche Geldpolitik der EZB im „Euroland“ auf Unterschiede zwischen den Regionen nicht mehr Rücksicht nehmen kann, ist ein weitgehend freier Wettbewerb der Produktionsstandorte und Steuersysteme dringend erforderlich. Nur auf diese Weise hätten die rückständigen Gebiete eine Chance mitzuhalten oder aufzuholen.

Der Euro jedenfalls kann nur dann eine segensreiche Wirkung für die Bürger Europas und die Weltwirtschaft entfalten, wenn seine Stabilität unbedingt gewahrt bleibt. Durch die Einführung des Euro ist die Inflationsrate in Europa von 15 auf 2 Prozent gesunken. Ein starker Euro wird somit mittel- und langfristig mehr zum Abbau der Arbeitslosigkeit beitragen, als blumige Ankündigungen „europäischer Beschäftigungspolitik“, mit der den unterschiedlichen Gründen für Arbeitslosigkeit in den Ländern und Regionen nicht Rechnung getragen werden kann.

### ***Die Wiedervereinigung Europas***

Die Erweiterung der EU, die in Wahrheit nichts anderes ist als die Wiedervereinigung Europas, ist zunächst eine politisch-moralische Pflicht. Schon die Gründerväter hatten in den fünfziger Jahren das Ziel einer immer enger werdenden gesamteuropäischen Völkerfamilie vor Augen; sie hatten die Vision, „Erbfeindschaften“ zu überwinden und Einheit in Vielfalt auf dem ganzen europäischen Kontinent zu verwirklichen. In letzter Zeit ist es aber Mode geworden, solche Bekundungen als etwas naiven „Euroidealismus“ abzutun. Aber sollten wir die Erinnerung an die Kriege der Nationalstaaten im 19. Jahrhundert und die Weltkriege des 20. Jahrhunderts und ihre schrecklichen Folgen nicht doch besser pflegen? Die Konflikte zwischen den Ethnien und Nationen waren es doch, die den Kontinent in seine größte Krise, in seine Teilung und weltpolitische

Schwäche geführt haben. Die EU-Öffnung zu verweigern oder auch nur zu verzögern, würde die Völker Mittel- und Osteuropas erneut bestrafen. Sie waren die ersten Opfer des Krieges, den Nazi-Deutschland begann. Als dessen Folge wurden sie über Jahrzehnte im Stalinismus geknechtet. Wollen wir aufgrund der dadurch entstandenen Lage nun ihr Klopfen an der EU-Tür überhören? Die Polen, die Ungarn, die Tschechen, die Slowaken, die Slowenen, die Balten, Bulgaren oder die Rumänen - sie sind Europäer wie wir. Sollen sie draußen bleiben? Und Zypern und Malta, europäische Mittelmeerländer mit alter abendländischer Kultur, wollen wir ihnen das Eintrittstor versperren? Mit welchem Grund?

Aber es ist keineswegs nur die historische Verantwortung, die eine entschiedene und zügige Erweiterung der EU erforderlich macht. Es ist in erster Linie die eigene Verantwortung Deutschlands für die Zukunft. Seit den Schrecken des Dreißigjährigen Kriegs wissen wir, daß Krisen, Konflikte und Kriege in Europa immer vor allem die Mitte des Kontinents, nämlich Deutschland, in Mitleidenschaft ziehen. Niemand hat deshalb mehr Interesse an Stabilität als wir Deutschen. Die Erweiterung der EU ist das verlässlichste Stabilitätsprogramm, das man sich vorstellen kann. Deutschland hat nach einer EU-Ausdehnung auch im Osten „westliche Partner“, gefestigte Demokratien und dynamische Marktwirtschaften. Im Gegensatz dazu würde ein Verzicht auf die Erweiterung für Mittel- und Osteuropa ein Ende der „Westorientierung“ bedeuten, ein Abbrechen der Reformen, neue ethnische Spannungen und nationale Konflikte. Gerade die Aussicht auf die EU- (und NATO-) Mitgliedschaft hat nämlich in den letzten Jahren dazu geführt, daß die Länder östlich der Oder ihre Grenzstreitigkeiten, Rivalitäten und Minderheitenprobleme weitgehend gelöst haben. Nimmt man ihnen diese Aussicht, werden die alten Krisen zurückkehren. Deutschland als EU-Grenzland wäre als erstes davon betroffen, z.B. durch Armuts- und Bürgerkriegsflüchtlinge. Helmut Kohl hat es bei der Tagung der Staats- und Regierungschefs am 12./13. Dezember 1997 in Luxemburg auf den Punkt gebracht: „Für uns Deutsche ist es eine existentielle Frage, daß die Ostgrenze Deutschlands nicht zugleich die Ostgrenze der Europäischen Union ist.“

„Wir müssen nicht nur, sondern wir wollen auch Europäer sein“ - diesem Satz von Bundeskanzler Schröder ist zuzustimmen.<sup>5</sup> Dennoch muß leider konstatiert werden, daß der Kanzler noch kaum Konsequenzen aus seinem Diktum zieht. Die europäische Öffentlichkeit gewinnt vielmehr den Eindruck, daß die Regierung lediglich die Reduzierung der deutschen Nettozahlungen an die EU in den Mittelpunkt ihrer EU-Ratspräsidentschaft stellt. Nationale Forderungen treten damit zu einem Zeitpunkt in den Vordergrund, zu dem ein strategisches gesamteuropäisches Konzept gefragt wäre. Dies gilt insbesondere für die Erweiterung der EU um die MOE-Staaten.

Nun argumentiert die neue Bundesregierung bislang, daß eine rasche EU-Erweiterung schwer vorstellbar sei, weil es für die um Beitritt werbenden Staaten schlicht unmöglich sei, den ca. 80.000 Seiten umfassenden *acquis communautaire* der EU in absehbarer Zeit in die jeweilige nationale Gesetzgebung umzusetzen, auch aufgrund der Haushaltszwänge der EU und ihrer Mitgliedsstaaten müsse der gesamte Beitrittsprozeß verlangsamt werden. Ein „neuer Realismus“ müsse her, der die bisher gehegten „Illusionen“ im Interesse aller Beteiligten beiseite lege. Es seien noch gewaltige Probleme vor einem Beitritt zu lösen, die bisher von der Politik unterschätzt worden seien. Deshalb sei es nicht möglich, auch gar nicht klug, ein ungefähres Datum für einen EU-Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder zu nennen.

Diese Denkweise verkennt die Lage in den beitragswerbenden Ländern genauso wie in der EU. Die Regierungen der MOE-Nationen können nämlich die gewaltigen Reformen in ihren Ländern, die ihren Bürgern viel abverlangen, nur dann durchsetzen, wenn sie eine klare Beitrittsperspektive in einem überschaubaren Zeitraum haben. Die Anstrengungen auf den Gebieten des meist unrentablen Kohlebergbaus, der oft defizitären Stahlindustrie, in den Bereichen der Telekommunikation und Energie, der

5 „Uns die Last erleichtern“ - Interview mit Bundeskanzler Gerhard Schröder, in: Der Spiegel, Nr. 1, 4. Januar 1999.

dringend ausbaubedürftigen Infrastruktur und im Bereich der ökologischen Sanierungsprogramme müssen honoriert und unterstützt werden. Die notwendigen Umstrukturierungen in der Wirtschaft haben für die Menschen in den MOE-Staaten oft gravierende Folgen: Verlust von Arbeitsplätzen sowohl in der oft veralteten Schwerindustrie als auch in der meist rückständigen Landwirtschaft; Leben von staatlicher Unterstützung, die aber aufgrund der allgemeinen Finanzlage nur äußerst geringfügig ausfällt; soziale und intellektuelle Umstellung und Anpassung an eine rasante Entwicklung, die ebenfalls in einem rasanten Tempo vor sich gehen muß. Die Menschen sind mit Blick auf die EU bereit, diese Opfer auf sich zu nehmen. Wenn man ihnen nun aber die Perspektive auf die unwiderrufliche Zugehörigkeit zur Union nimmt, auf die sie so lange und so hart hingearbeitet haben, werden sie nicht die Kräfte mobilisieren können, um die Modernisierung und den Anschluß zu schaffen. Die Rückwirkungen auf die innere Ordnung wären fatal und hätten eine gefährliche politische Destabilisierung zur Folge.

Inzwischen schiebt der Bundeskanzler noch ein Argument gegen einen konkreten Beitrittstermin nach: „Wenn wir es nicht schaffen, unter der deutschen Präsidentschaft die Finanzbeziehungen so zu ordnen, daß Erweiterung objektiv möglich bleibt, dann verschiebt sich der Termin der Erweiterung“.<sup>6</sup> Schröder will zwar nach eigener Aussage damit kein direktes Junktim setzen - Osterweiterung nur bei kräftiger Reduzierung des deutschen EU-Beitrags -, aber er ist nicht in der Lage, diesen Verdacht glaubhaft zu entkräften. Dagegen hat Joschka Fischer am 12. Januar 1999 vor dem Europaparlament erklärt, die EU-Erweiterung schnellstmöglich voranbringen zu wollen. Der Außenminister legte dar, daß es im Wesen der europäischen Integrationsidee liege, gesamteuropäisch angelegt zu sein; die geopolitischen Realitäten ließen auch gar keine ernsthafte Alternative zu. Die Erweiterung nach Osten begründete Fischer nicht zuletzt

6 „Uns die Last erleichtern“ - Interview mit Bundeskanzler Gerhard *Schröder*, in: *Der Spiegel*, Nr. 1, 4. Januar 1999.

auch mit dem Erfolg der Erweiterung nach Süden: Diesen Ländern brachte der Beitritt zur EU wirtschaftliche Prosperität und demokratische Stabilität. Genau dieser Erfolg muß sich mit der Osterweiterung wiederholen. Erst dann - so Fischer weiter - löst die EU ihren Anspruch ein, als Kulturräum und Wertegemeinschaft für ganz Europa zu sprechen. Dieser Argumentation ist zuzustimmen. Hoffentlich kann Herr Fischer Herrn Schröder überzeugen.

Neben dem unbezahlbaren Gewinn, den die EU-Erweiterung für dauerhaften Frieden und Stabilität bedeutet, rechnet sie sich auch wirtschaftlich. Die mittel- und osteuropäischen Staaten sind zukunftsfähige Märkte, von denen die exportorientierte deutsche Wirtschaft profitiert. 1997 überstieg der Anteil der MOE-Staaten am deutschen Außenhandel mit 10,1 % erstmals die Zehnprozentgrenze. Damit hat der deutsche Osthandel einen erheblichen Beitrag zum konjunkturellen Aufschwung geleistet. Allein durch die Ausfuhren nach Polen werden heute 100.000 Arbeitsplätze in Deutschland gesichert. Schon 1997 betrug der Gesamtumsatz des deutschen Handels mit Polen 35 Milliarden DM, davon waren 20,7 Milliarden deutsche Exporte. Seit 1989 haben sich die deutschen Ausfuhren in die Länder Mittel- und Osteuropas vervierfacht, ohne das die gewaltigen Potentiale auch nur annähernd ausgeschöpft wären. Die enormen Steigerungen von mehr als 20 % jährlich zeigen dies eindringlich. Mittlerweile übersteigt der Wert der Nachfrage nach deutschen Konsumwaren und Investitionsgütern in den MOE-Ländern den Betrag unserer Lieferungen in die USA. Mit mehr als 40 % am gesamten EU-Handel mit mittel- und osteuropäischen Ländern ist Deutschland mit Abstand deren wichtigster Handelspartner. Die deutschen Direktinvestitionen in die MOE-Staaten haben sich in den neunziger Jahren verdreifacht. Bis Mitte 1997 flossen nahezu 12 Milliarden DM in diese Region. Damit war Deutschland einer der führenden Investoren in den Reformländern. Keine Frage: Die MOE-Staaten entwickeln sich immer mehr zum Wachstums- und Arbeitsplatzmotor. Mit der Angleichung von Verwaltungsvorschriften, rechtlichen Normen, der Steuersysteme und der Infrastruktur sowie mit einer höheren Investitionssicherheit im Rahmen einer EU-Mitgliedschaft würden die po-

sitiven Effekte für die deutsche Wirtschaft noch um ein vielfaches zunehmen.<sup>7</sup>

Dennoch gibt es besorgte Fragen hinsichtlich eventueller Nachteile der EU-Öffnung: Warum werden die Mercedes-Benz-Transporter und Stadtbusse im Werk Jelcz bei Breslau hergestellt und nicht in Deutschland? Weil ohne die neuen Märkte im Osten ein neues Werk gar keinen Sinn gemacht hätte. Und außerdem stärken wir auch durch solche Investitionen den Standort Deutschland: Motor, Getriebe und Lenkung kommen nämlich aus Deutschland und sichern einen Wertschöpfungsanteil von über 50% eines traditionellen Standorts. Kommen nicht im Zuge der EU-Erweiterung viel zu viele Arbeiter aus den östlichen Ländern zu uns und verdrängen deutsche Kräfte? Es würden wahrscheinlich weitaus mehr kommen, wenn Polen oder Tschechien nicht die Perspektive des EU-Beitritts hätten. Die Angleichung der Lebensstandards mittels der EU-Öffnung muß im Gegenteil dazu führen, daß die Menschen die Möglichkeit sehen, sich in ihren Ländern Existenzen aufzubauen. Und außerdem: Ohne polnische Saisonarbeiter könnten wir heute weder Spargel aus Mecklenburg-Vorpommern noch Wein aus Rheinland-Pfalz genießen. Wem diese Argumente nicht reichen, der kann sich dennoch getrost für einen raschen EU-Beitritt der MOE-Staaten einsetzen, da es schließlich – wenn wirklich erforderlich – durchaus möglich ist, für den Bereich der Freizügigkeit von Arbeitnehmern Übergangsfristen vorzusehen. Schließlich wird gefragt: Erfordert die Angleichung der MOE-Region nicht viel zu viele Mittel, die wir dringend im eigenen Land benötigen? Die Erfahrung mit den EU-Strukturfonds zeigt eindeutig, daß diese Mittel für unsere Wirtschaft konjunkturbelebend wirken, da mit einem großen Teil dieser Gelder Anlageinvestitionen finanziert werden, bei denen die deutsche Wirtschaft traditionell stark ist. Wenn also Kraftwerke, Staudämme, Flughäfen, Autobahnen, Schienenwege oder Kläranlagen in den MOE-

7 Vgl. Bertelsmann-Stiftung, Forschungsgruppe Europa (Hrsg.), Kosten, Nutzen und Chancen der Osterweiterung für die EU, Gütersloh 1998 (insbesondere der Beitrag von András Inotai, S. 13-40).



Nationen mit EU-Zuschüssen gebaut werden, dann wirken diese gleichzeitig als Auftrags- und Exportförderung für die deutsche Wirtschaft.

Unabhängig von solchen Erwägungen ist offenkundig, daß eine EU-Erweiterung mit ihren Wachstums- und Strukturwirkungen die globale Wettbewerbsfähigkeit Europas erhöhen wird. Nicht selten wird auf die Gefahr hingewiesen, die europäischen Volkswirtschaften könnten den Anschluß in zukunftssträchtigen Branchen der Weltwirtschaft verlieren. Der mit der Erweiterung auf über 433 Millionen Menschen erweiterte Binnenmarkt, die verstärkten Chancen der Arbeitsteilung innerhalb der EU einschließlich der Eingliederung kostengünstiger Produktionsstandorte begünstigt eine verbesserte Wettbewerbsposition der europäischen Volkswirtschaft auf dem Weltmarkt.

Auch die EU kann nur dann große Ziele erreichen, wenn sie sich durch klare Zeitvorgaben selbst unter Druck setzt. So war es 1993 mit der Einführung des Binnenmarktes und 1999 mit der Einführung des Euro. Warum war das unbedingte Festhalten z.B. am Euro-Startdatum so wichtig? Weil die Vertagung die Anstrengungen zum Erreichen der Stabilitätskriterien geschwächt hätte, weil die Politiken der Nationalstaaten zunächst wieder auseinandergelaufen wären. Ohne eine eindeutige Zeitperspektive können keine Kräfte mobilisiert werden. Will die Bundesregierung ernsthaft am Ziel der EU-Erweiterung festhalten, muß sie in Brüssel dafür werben, die laufenden Verhandlungen sehr bald in einen Zeitplan einzufügen. Um das Jahr 2002/2003 sollte die EU in der Lage sein, die erste Gruppe neuer Staaten, die die politischen und ökonomischen Kriterien erfüllen, aufzunehmen. Deutschland muß - in der Tradition der Regierung Kohl - weiter ein europäischer Stabilitätsanker und ein verlässlicher Anwalt der mittel- und osteuropäischen Länder bleiben.

### ***Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP)***

Die Europäische Union ist außenpolitisch handlungsfähig vor und nach Konflikten, aber während eines manifesten Konfliktes hat sie bisher zu-

meist versagt. Dies gilt für Bosnien und den Kosovo, aber auch für den Zypern-Konflikt oder die Auseinandersetzung zwischen der Türkei und Griechenland um die Felseninsel Imia, die im Januar 1996 fast zu einem Krieg geführt hätte. Immer waren und sind es die Amerikaner, die im Moment einer wirklichen Auseinandersetzung mit der Bereitschaft zu militärischem Engagement den notwendigen diplomatischen Druck erzeugten, um eine Krise zu lösen bzw. zu entschärfen. Manche Europäer klagen über diese starke amerikanische Rolle. Zu Unrecht: Sie sollten über die Schwäche der Europäer klagen und sich daran machen, diese zu beheben. Die Amerikaner haben immer wieder deutlich gemacht, daß sie sich ein global handlungsfähiges und notfalls auch zu militärischem Einsatz bereitendes Europa wünschen.<sup>8</sup> Bislang hat Europa nämlich allein auf ökonomischem Gebiet Stärke gezeigt. In den USA - so zeigt sich schon jetzt - wird die Einführung des Euro auch als eine politische Herausforderung empfunden, als eine Wasserscheide in den Beziehungen zwischen Amerika und dem neuen Europa. Die europäische Integration - zuletzt auch symbolisiert durch die einheitliche Währung - ist nicht nur das bedeutendste Ereignis für die Politik Europas seit den Verträgen von Rom, sondern verspricht auch das bedeutendste Ereignis für die USA nach dem Zusammenbruch des Kommunismus zu werden.<sup>9</sup>

Europa kann jedoch auf Dauer nicht davon ausgehen, daß die USA stets dazu bereit sein werden, bei der Lösung europäischer Konflikte mitzuwirken. Immer wieder hat es in der amerikanischen Geschichte Phasen des Isolationismus gegeben, der Rückbesinnung der Amerikaner auf den eigenen Kontinent. Wenn wir in Europa langfristig ein interessanter Partner der USA bleiben wollen, dann müssen wir uns selbst in die Lage verset-

8 Interview mit dem amerikanischen Botschafter in Deutschland, John Kornblum, in: *Die Zeit*, Nr. 48, 19. November 1998, sowie David C. Gompert/ F. Stephen Larrabee (Eds.), *America & Europe: A Partnership for a New Era*, Cambridge/Mass. 1998.

9 William Pfaff, *The Euro Poses a Political Challenge to America*, in: *International Herald Tribune*, 31. Dezember 1998/1. Januar 1999; vgl. William Pfaff, *Großmacht Europa*, in: *Die Zeit*, Nr. 2, 7. Januar 1999.

zen, unsere wirtschaftliche Macht auch politisch und militärisch zu untermauern. Das setzt voraus, daß die EU außen- und sicherheitspolitisch handlungsfähiger wird. Im Amsterdamer Vertrag ist das Instrumentarium für die GASP angelegt: Die Relativierung des Einstimmigkeitsprinzips, die Einrichtung einer Planungs- und Analyseeinheit, die Schaffung des Postens des Hohen Repräsentanten und die Aufnahme der Petersberger Beschlüsse ermöglichen eine grundlegende Weiterentwicklung der europäischen Außenpolitik. Voraussetzungen dafür sind jedoch der politische Wille sowie die konsequente und schlüssige Umsetzung in die Praxis, sonst wäre das Instrumentarium wirkungslos. Gegenüber allen Regionen der Welt - sei es das transatlantische Verhältnis, seien es die Beziehungen zu den MOE-Staaten, zu Rußland und der Ukraine, zum Nahen Osten oder zu den asiatischen oder afrikanischen Ländern - vermag eine einige, auf der Grundlage von demokratischen Werten und Rechten agierende europäische Außenpolitik mehr zu leisten als ein eigenbrötlerisches und von eigenen Interessen bestimmtes nationalstaatliches Vorgehen.

Neben der politischen Handlungsfähigkeit gilt es aber auch die militärische Einsatzbereitschaft auf europäischer Ebene zu reformieren und zu stärken. Bisher hatte sich vor allem Großbritannien dagegen ausgesprochen, daß die Westeuropäische Union (WEU) aufgewertet und zum militärischen Arm der EU wird. London befürchtete, daß dies zu einer Schwächung der NATO führen könnte. Im Vorfeld des informellen EU-Gipfel am 24./25. Oktober 1998 im österreichischen Pörschach schloß der britische Premier Tony Blair zum ersten Mal nicht mehr die Möglichkeit einer Verschmelzung von EU und WEU aus und sprach sich für die Schaffung einer profilierten europäischen Verteidigungsidentität aus. Der britische Botschafter in Bonn, Sir Paul Lever, erläuterte am 23. November 1998 bei einem Vortrag vor der Deutschen Atlantischen Gesellschaft, daß Blair aufgrund der Kosovo-Krise zu der Überzeugung gelangt sei, daß Europa eine eigene Stimme in Verteidigungsfragen benötige. Damit diese glaubwürdig sei, müsse Europa auch auf eigene militärische Fähigkeiten zurückgreifen können. Außenminister Joschka Fischer hat vor dem Europa-Ausschuß des Deutschen Bundestages am 18. No-

vember 1998 ausgeführt, daß daraus eine neue Dynamik für die europäische Sicherheitspolitik resultiere, die im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft zu nutzen sei.

Inzwischen hat der britisch-französische Gipfel von St. Malo am 3./4. Dezember 1998 entscheidende Weichenstellungen für eine europäische Verteidigungsidentität vorgenommen. Blair und Chirac sprachen sich für die Schaffung von unabhängigen Strukturen zur Aufklärung, Kommunikation und strategischen Planung aus, ohne aber eine Duplizität zu den vorhandenen Einrichtungen bei der NATO und der WEU herstellen zu wollen. Entscheidend an dieser britisch-französischen Vereinbarung sind weniger die konkreten Vorschläge als vielmehr das politische Signal, das von Blairs Fürsprache für eine eigene europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik in Ergänzung zur NATO ausgeht. Die Dynamik, die durch die Aufgabe des britischen Widerstandes entstanden ist, bietet neuen Handlungsspielraum. Angesichts der zeitgleichen deutschen Präsidentschaft in WEU und in EU ist die Bundesregierung aufgerufen, diese sich bietenden Möglichkeiten auf dem Gebiet der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auszuloten und durch kraftvolle Initiativen weiter voranzutreiben. Ziel der jetzt anstehenden Weiterentwicklung des modus operandi zwischen EU und WEU muß sein, effiziente Mechanismen für eine bessere Koordinierung der Arbeitsweisen beider Organisationen, insbesondere in Krisensituation zu schaffen. Zu denken ist dabei beispielsweise an eine Verbesserung der Abstimmung der jeweiligen Beschlußfassungsverfahren, an gemeinsame Konsultationssitzungen auf allen Ebenen und an Regelungen, nach denen die zuständigen Gremien der EU auf das Instrumentarium des Planungsstabes, des Lagezentrums und des Satellitenzentrums der WEU zurückgreifen können.

Es wäre ein großer Fehler, wenn die Bundesregierung diese sich jetzt bietenden Chancen nicht nutzen würde, zumal die Entscheidung der NATO vom November 1998, eine 2.000 Mann starke sogenannte Extraction Force-Truppe unter Führung Frankreichs in Mazedonien zu stationieren, um die zivilen Beobachter im Kosovo zu beschützen und gegebenen-

falls zu evakuieren, ein konkreter Schritt zur Übernahme von mehr sicherheitspolitischer Verantwortung durch die Europäer ist. Denn bei dieser Truppe sind die Amerikaner nicht dabei, so daß dieser Einsatz im Prinzip auch als WEU Operation unter Nutzung des Combined Joint Task Force (CJTF) Konzeptes hätte durchgeführt werden können. Der Grund, warum man von einem WEU-Mandat abgesehen und erneut die NATO beauftragt hat, lag lediglich darin, daß man vermeiden wollte, den Konfliktparteien im Kosovo den Eindruck eines Rückzuges der Amerikaner aus der Verantwortung für den Balkan zu geben.

Auch auf dem europäischen Rüstungsmarkt, dessen Herausbildung wesentlich für die Schaffung einer europäischen Verteidigungsidentität ist, hat sich in jüngster Zeit einiges bewegt. Im vergangenen Dezember vereinbarten die DASA, Matra Marconi Space und die Tochtergesellschaft der italienischen Finmeccanica-Gruppe, Alenia, die Gründung eines gemeinsamen europäischen Raumfahrtunternehmens durch die Fusion ihrer Gesellschaften. Dieses neu entstehende Unternehmen wird Satelliten für wissenschaftliche und kommerzielle Zwecke produzieren und Teile für die europäische Trägerrakete ARIANE liefern. Vier europäische Staaten bieten mit dieser Fusion 11 000 Mitarbeitern in Europa einen Arbeitsplatz und zeichnen im Raumfahrtbereich vor, was auch in den nächsten Jahren im Rüstungssektor, insbesondere in der Luftfahrtindustrie, erreicht werden muß: ein europäischer Zusammenschluß, um mit den amerikanischen Rüstungsgiganten im Wettbewerb zu bleiben. Das Vorhaben einer Fusion von British Aerospace, der DASA und Aerospaciale ist seit Monaten in der Diskussion. Ein Zusammengehen dieser Konzerne wäre ein wichtiger Schritt für eine dauerhafte, eigenständige, wettbewerbsfähige Luft-, Raumfahrt- und Rüstungsindustrie in Europa.

Trotz dieser erfreulichen Fortschritte haben die unterschiedlichen Auffassungen hinsichtlich der amerikanisch-britischen „Operation Wüstenfuchs“ im Dezember 1998 im Irak deutlich gemacht, daß eine europäische Verteidigungsidentität nicht über Nacht zu erreichen ist. Dennoch sollte man sich nicht entmutigen lassen: Bei der Irak-Krise ging es um einen außer-

europäischen Konflikt von weltweiter Bedeutung, der darüber hinaus auch vitale Interessen der USA berührte. Angesichts der Tatsache, daß die europäische Sicherheitspolitik noch in den Kinderschuhen steckt, ist die EU derzeit mit einem gemeinsamen militärischen Vorgehen außerhalb Europas überfordert, so wünschenswert dies auch im Konflikt mit dem Irak gewesen wäre. Erste Gehversuche sollte die EU stattdessen in Europa selbst unternehmen, wo die Union unmittelbar von Konflikten und Krisen berührt wird und die EU-Mitgliedsstaaten sich zur Wahrung von Frieden und Stabilität leichter auf eine gemeinsame Aktion einigen können. Es ist zu hoffen, daß sich die EU-Staaten bald auf einen Hohen Vertreter für die GASP verständigen, der mit politischem Gewicht und Fingerspitzengefühl der Außen- und Sicherheitspolitik der Union Gesicht und Stimme verleiht und dafür einsteht, daß das bereits erwähnte Instrumentarium aus dem Amsterdamer Vertrag angewandt und umgesetzt wird. Er wird die europäische Außenpolitik nicht allein bestimmen - ihm zur Seite stehen 20 Kommissare -, doch verfügt er über die Leitlinienkompetenz. Ihnen kommt die Aufgabe zu, Europas Selbstverständnis und Stellung in der Welt genauer definieren zu müssen.<sup>10</sup>

### ***Agenda 2000***

Für die Handlungsfähigkeit und das Gewicht Europas ist es schließlich wichtig, daß die EU die Agenda 2000 beschließt; hierauf liegt der „operative Schwerpunkt“ der deutschen Ratspräsidentschaft. Die Agenda 2000 umfaßt einen neuen Finanzrahmen der EU bis zum Jahr 2006, eine umfassende Reform des Gemeinsamen Agrarmarkts und eine Konzentration der Strukturhilfe der Union.

Die Finanzierung muß neu diskutiert werden. Bei den in diesem Jahr anstehenden Entscheidungen gibt es in Deutschland einen Konsens darüber

10 Vgl. Ludger *Kühnhardt*, Deutschlands EU-Ratspräsidentschaft und die AGENDA 2000, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 1-2.1999, 8. Januar 1999, S. 3-11.

den Versuch zu unternehmen, die Gerechtigkeitslücke im EU-Beitragssystem zu schließen. Die Debatte sollte jedoch unaufgeregt und ohne nationalen Populismus geführt werden. Wer wie Gerhard Schröder am 8. Dezember 1998 in Saarbrücken davon spricht, Brüssel „verbrate“ deutsche Gelder, der erschwert ein sinnvolles Eintreten für mehr Beitragsgerechtigkeit. Deutschland ist nicht nur der größte Nettozahler, sondern vor allem der größte Profiteur der EU. Helmut Kohl hatte in diesem Sinne im April 1994 gegenüber der Süddeutschen Zeitung erklärt: „Wir Deutschen haben den größten wirtschaftlichen Nutzen von der europäischen Integration. Europa ist eben für Deutschland kein Luxus, sondern eine existentielle Notwendigkeit. Deshalb ist es kurzsichtig, darüber zu klagen, daß wir den größten finanziellen Beitrag zum EU-Haushalt leisten“.

Die Finanzierung der EU wird seitens der Bundesregierung momentan zum Schwerpunktthema gemacht. Dabei entsteht der fatale Eindruck, daß Deutschland lediglich an einer Reduzierung seiner Beiträge denkt, ohne die weiteren Folgen für die Europäische Gemeinschaft zu bedenken. Gerade die ärmeren Länder fragen: Verabschiedet sich Deutschland aus der europäischen Solidarität? Besonders Gerhard Schröder hat die Erwartungen der deutschen Bürger an mögliche Einsparungen bei der Finanzreform unverantwortlich hochgeschraubt. Klar aber ist, daß Deutschland auch in Zukunft der größte Nettozahler sein wird; ganz abgesehen davon relativiert sich die Summe von 22 Milliarden DM Nettobeiträgen wieder im Angesicht eines Gesamthaushaltsvolumens von 457 Milliarden DM. Zu bedenken ist ferner, worauf der österreichische Außenminister Schüssel hingewiesen hat: „Unsere Zahlungen in die EU werfen eine höhere Rendite ab als jede andere Investition“.<sup>11</sup> Daß eine Neuregelung erarbeitet werden muß, in der eine „faire Lastenverteilung“ vorgenommen wird, steht dabei außer Frage. Die europäische Solidarität bedingt, daß nicht

11 Wolfgang Schüssel, Rede vor der Strategiegruppe Europa der Bertelsmann-Stiftung, 15. Januar 1999.

nur die Geberstaaten sich großzügig erweisen, sondern daß auch die Nehmerländer Verantwortung übernehmen. Zwei Ansätze erscheinen bei der Finanzreform am sinnvollsten: zum einen müssen zahlreiche Sonderregelungen für einzelne Länder überprüft werden - beispielsweise bei den Kohäsionsfonds oder bei der Agrarpolitik; zum zweiten sollte generell und für alle EU-Staaten eine Reduzierung der Ausgaben anvisiert werden.<sup>12</sup> Deutschland muß sich in Brüssel für strikte Sparsamkeit, ein effizienteres Finanzgebaren der EU und eine wirksame Vollzugskontrolle sowohl der EU-Kommission als auch der Mitgliedsstaaten und Regionen einsetzen. Die aufgedeckten Finanzskandale in der EU-Kommission dürfen sich nicht wiederholen. Sie unterhöhlen das Vertrauen der Bürger in die ohnehin schwer durchschaubaren Institutionen in Brüssel.

Die 1992 eingeleitete Reform der Agrarpolitik muß weiterentwickelt werden, damit sie auch nach der Erweiterung der EU um die MOE-Staaten finanzierbar bleibt. Die Bemühungen der Landwirtschaft um ein verbraucherfreundliches, umweltgerechtes Angebot müssen unterstützt werden. Gerade im Hinblick der anstehenden WTO-Verhandlungen und der EU-Erweiterung ist eine Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Landwirtschaft notwendig.

Für eine Reorganisation nach marktwirtschaftlichen Kriterien sollte vermehrt der Grundsatz der obligatorischen Kofinanzierung angewandt werden. Dies hätte für Deutschland sowohl den Vorteil, daß damit die deutschen Nettozahlungen verringert werden können, als auch daß nationale Direktzahlungen nach stärker regionalen Kriterien erfolgen könnten. Auf diese Weise würde auch dem Erfordernis Rechnung getragen, kleinere und mittlere Familienbetriebe in ihrer Wettbewerbsfähigkeit zu stärken sowie die Zukunft des ländlichen Raums, vor allem in den von Natur benachteiligten Gebieten zu sichern. Gerade diese Betriebe brauchen eine

12 Christoph Bertram/Josef Janning/Mathias Jopp/Karl Kaiser/Ludger Kühnhardt, Es geht um Deutschlands internationale Autorität, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 23. Dezember 1998.



Perspektive, um auch künftig einen wesentlichen Teil ihres Einkommens über die Märkte erwirtschaften zu können. Neue Einkommenseinbußen für die Bauern und zusätzliche bürokratische Maßnahmen in der europäischen Agrarpolitik gilt es aber zu verhindern. Alle Ausgleichszahlungen und administrativen Regelungen sind so zu gestalten, daß alle Betriebsformen und -größen sich weiterentwickeln können und Strukturverbesserungen nicht behindert werden.<sup>13</sup>

Ein weiteres großes Projekt ist die Reform der Strukturpolitik, die nicht nur aufgrund der EU-Erweiterung und der Verringerung des Einkommensgefälles zwischen den Mitgliedsstaaten erforderlich ist. Die Strukturfondsförderung macht nur dann Sinn, wenn sie sich im Kern auf die am meisten benachteiligten Regionen konzentriert und auf einzelne, nachvollziehbare Ziele; außerdem muß sie ausgerichtet sein auf eine substantielle Stärkung der Eigenverantwortung der Mitgliedsstaaten bzw. Regionen beim Einsatz von EU-Fördermitteln. Allerdings darf die notwendige Konzentration nicht einseitig zu Lasten des ländlichen Raumes gehen. Die Strukturfonds könnten durch ein Mitentscheidungsrecht des EP besser legitimiert werden; der Ausschuß der Regionen sowie die regionalen und lokalen Entscheidungsträger sollten zudem noch stärker in Programmplanung und -durchführung eingebunden werden. Der in Maastricht beschlossene Kohäsionsfonds dient dem Ziel, den wirtschaftlich schwächeren Mitgliedsstaaten die Teilnahme an der Europäischen Währungsunion zu erleichtern. Nach der Einführung des Euro erscheint es daher nur konsequent, wenn die an der WWU teilnehmenden Länder aus der Förderung durch den Kohäsionsfonds ausscheiden, da dauerhafte Transferleistungen über den EU-Haushalt nicht mehr gerechtfertigt sind.

13 Vgl.: Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, Kurzstellungnahme „Agenda 2000: Zukunftsweg der Agrarpolitik?“, September 1998.

## ***Reform der Institutionen***

Die Reform der EU-Institutionen ist unausweichlich und dringend notwendig: Seit ihrer Einrichtung im Jahre 1957 sind sie nahezu unverändert geblieben. Mittlerweile besteht die EU aber nicht mehr nur aus sechs Mitgliedern, sondern aus fünfzehn, und sehr bald werden es noch sechs Teilnehmer mehr sein. Jacques Santer hat dem Europäischen Parlament am 11. Januar 1999 einen Acht-Punkte-Plan zur Reformierung der Kommission vorgelegt. Darunter sind insbesondere hervorzuheben: ein neues Gesamtkonzept zur Struktur der Zuständigkeitsbereiche und der Organisation der Dienststellen; die Einführung einer Gesamtregelung für die Arbeit der Kommissare, der Kabinette und der Dienststellen, hierbei vor allem eine klare Abgrenzung der Arbeitsbereiche und transparente Regeln für die Zusammensetzung der Kabinette; den Vorschlag für eine Neufassung der Haushaltsordnung; und angesichts der jüngsten Vorfälle ein unachgiebiger Kampf gegen Betrug und Mißwirtschaft.

Doch es müssen auch noch weitere institutionelle Reformen in Erwägung gezogen werden. Dies betrifft zum einen die Überlegung, Mehrheitsentscheidungen in möglichst vielen Bereichen einzuführen, wie dies auch der deutsche Außenminister vor dem Europaparlament am 12. Januar 1999 ausgeführt hat. Längerfristig soll nach den Vorstellungen der Bundesregierung das Einstimmigkeitsprinzip auf Fragen von grundsätzlicher Bedeutung, wie beispielsweise Vertragsänderungen, beschränkt werden. Auf diese Weise will man dem zwangsläufig drohenden „institutionellen Infarkt der EU“ entgegenwirken. Sobald alle Staaten den Vertrag von Amsterdam ratifiziert haben, muß die Reform entschlossen und konsequent in Angriff genommen werden. Der Vertrag wird voraussichtlich im Juni 1999 in Kraft treten. Fischer beabsichtigt, beim Treffen des Europäischen Rats in Köln am 3. und 4. Juni 1999 den Startschuß zu geben für eine neue Regierungskonferenz, die um das Jahr 2001 zusammentreten könnte.

Bereits 1994 haben Wolfgang Schäuble und Karl Lamers für die Reform der EU-Institutionen wichtige Thesen vorgelegt und damit eine europaweite Diskussion entfacht. Beide Politiker sahen schon damals deutlicher

als viele andere die Gefahr, daß die Nord- und Osterweiterung der EU zu einer Überdehnung ihrer Institutionen und schließlich zur Unregierbarkeit führen kann. Sie befürchteten, daß wachsende Interessenunterschiede der Partner vor dem Hintergrund des mit der Erweiterung wachsenden ökonomischen und gesellschaftlichen Gefälles die Abkehr vom Maastricht-Prozeß bedeuten könnte und die EU nur noch eine lockere, im wesentlichen auf einige wirtschaftliche Aspekte beschränkten Formation mit verschiedenen Untergruppierungen würde. Die beiden Verfasser wiesen den Weg aus dem offenkundigen Dilemma, Vertiefung und Erweiterung der EU gleichzeitig voranzutreiben. Als Lösung schlugen sie ein Europa mit mehreren Geschwindigkeiten vor, indem einerseits die Erweiterung entschieden betrieben wird, andererseits aber die europäischen Staaten ihre übernationale Zusammenarbeit unterschiedlich im Rahmen ihrer aktuellen Möglichkeiten intensivieren. Ein „Kern“ von Staaten sei bereits jetzt zu umfassender Integration in der Lage und könne so als Motor für den ganzen Prozeß wirken. Diese These eines „Kerneuropa“ provozierte zum Teil harte Kritik - zu Unrecht. Jedes EU-Mitgliedsland, das zum gegenwärtigen Zeitpunkt zur vertieften institutionellen Zusammenarbeit noch nicht bereit oder in der Lage ist, bleibt eingeladen, später in den europäischen Kern nachzurücken.

Die mit dem Lamers/Schäuble-Papier ebenfalls neubelebte alte Frage um Staatenbund oder Bundesstaat muß heute nicht endgültig entschieden werden. Der Integrationsprozeß ist - gerade auch durch die Wirtschafts- und Währungsunion - weit fortgeschritten; die Elemente, die über den Rahmen eines bloßen Staatenbunds hinausgehen, nehmen somit zu. Die Entwicklung ist offen. Aber die EU wird auf absehbare Zeit immer zwischen beiden „Idealtypen“ stehen. Sie ist eine Konstruktion sui generis: Die politische Entwicklung hat kein Vorbild, die Zweckbestimmung ist beschreibbar, indessen der Verlauf nicht unbedingt vorhersagbar. Im ganzen gewinnt die Union eine vollkommen neue Qualität. Sie könnte zu einem Prototypen eines Ordnungsmusters für die Welt des 21. Jahrhunderts

werden.<sup>14</sup> Fest steht jedenfalls, daß es eine Alternative nicht gibt und der Prozeß unumkehrbar ist. In diesem Zusammenhang muß die Debatte über die Erarbeitung einer europäischen Verfassung wiederbelebt werden. Das Vorhaben hat Gegner; doch angesichts der Erweiterung und Vertiefung der Union gibt es dazu letztlich keine Alternative. Die Debatte darüber muß freilich auf die spezifischen Erfahrungen und Verfassungstraditionen der unterschiedlichen europäischen Völker Rücksicht nehmen.<sup>15</sup>

Im Rahmen einer weiteren Demokratisierung der europäischen Institutionen ist eine weitere Aufwertung des Europäischen Parlaments (EP) erforderlich. Das EP muß - neben dem Ministerrat - den Rang einer vollwertigen zweiten Kammer erhalten. Wie wichtig die Funktion eines Kontrollorgans der EU-Kommission ist, hat sich erst jüngst gezeigt, als das EP die Nichtentlastung der Kommission für das Haushaltsjahr 1996 beschloß. Auch wenn das EP im Januar 1999 nicht so weit ging, der Kommission das Mißtrauen auszusprechen, so hatte es mit der „Abmahnung“ doch ein Zeichen gesetzt, daß die Kommission keineswegs unbeschränkt über die europäischen Belange herrschen kann, schon gar nicht über die Finanzen. Doch nicht nur die Kooperations- und Koordinationsmechanismen zwischen den europäischen Institutionen muß ausgeweitet und intensiviert werden, auch die Zusammenarbeit zwischen den nationalen Parlamenten und dem EP gilt es umfassender zu nutzen. Den Europa-Ausschüssen der Mitgliedsstaaten kommt dabei eine wichtige Rolle zu.

14 Wolfgang *Schäuble*, Der deutsche Beitrag zur Sicherung des Friedens, Symposium zur politischen Aktualität des Westfälischen Friedens, 15. November 1998.

15 Ludger *Kühnhardt*/Hans-Gert *Pöttering*, Kontinent Europa. Kern, Übergänge, Grenzen, Osnabrück 1998, S. 351.

### ***Die Krise der „alten Welt“ überwinden***

Durch die Weltkriege und die Bruderzwiste dieses Jahrhunderts ist die „alte Welt“ in eine Krise geraten.<sup>16</sup> Sie ist zerstört und geteilt worden. Die Hälfte des Kontinents hat fast ein halbes Jahrhundert in schrecklicher Unterdrückung gelebt. Die Zentren der Weltpolitik, von denen auch Europa mehr oder weniger „regiert“ wurden, lagen außerhalb, in Washington und im sowjetisch beherrschten Moskau. Nun hat Europa die einmalige Chance zu sich selbst zu finden, sich wiederzuvereinen und einmal mehr zu einem wichtigen Faktor in der Weltpolitik zu werden. Wenn es uns nicht gelingt, Europa in den nächsten Jahren zur Weltmacht zu machen, dann wird die „alte Welt“ in der Krise verbleiben, den Anschluß verpassen und bestenfalls Mittelmaß im globalen Maßstab werden.

Voraussetzung dafür ist auch, daß wir uns auf die Suche nach einer „europäischen Seele“ machen müssen; sie ist das Fundament für eine europäische Rechtsordnung. Es geht darum, die kulturellen Voraussetzungen und Bedingungen der Gemeinschaft der europäischen Staaten zu erkennen und bewußtzumachen, Grundsatzwerte, insbesondere die Menschenrechte, zu entwickeln und durchzusetzen. Diese machen die europäische Seele, das europäische Selbstverständnis aus. Das ist die bleibende Botschaft Europas für die Welt. Den Gedanken der geistigen und kulturellen Zusammengehörigkeit hat bereits 1929 Ortega y Gasset eindrucksvoll umschrieben: „Machten wir heute eine Bilanz unseres geistigen Besitzes - Theorien und Normen, Wünsche und Vermutungen - , so würde sich herausstellen, daß das meiste davon nicht unserem jeweiligen Vaterland, sondern dem gemeinsamen europäischen Fundus entstammt. In uns allen überwiegt der Europäer bei weitem den Deutschen, Spanier, Franzosen...; vier Fünftel unserer inneren Habe sind europäisches Gemeingut“.<sup>17</sup>

16 Vgl. Karl Dietrich *Bracher*, Europa in der Krise. Innengeschichte und Weltpolitik seit 1917, Frankfurt/Berlin 1997.

17 Zit. nach Karl Dietrich *Bracher*, Europa in der Krise, S. 456.

---

ISSN 1435-3288

ISBN 3-933307-36-8

---



**Zentrum für Europäische Integrationsforschung**  
**Center for European Integration Studies**  
*Rheinische Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn*

Walter-Flex-Straße 3  
D-53113 Bonn  
Germany

Tel.: +49-228-73-1880  
Fax: +49-228-73-1788  
<http://www.zei.de>